

BUNDESBESCHLUSS ZUR ARBEITSLIENVERSICHERUNG

Der Nationalrat gab dem «Druck der Strasse» nach und verzichtete auf fast alle Verschlechterungen. Der Ständerat buchstabierte aber zu einer schlechteren Fassung zurück. Mit einem dringlichen Bundesbeschluss wurde dann auf den 1. April die Arbeitslosenversicherung geändert.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat zusammen mit den Arbeitslosenkomitees, der PdA, der SPS und einigen kantonalen Parteien – in Zug die SGA – erfolgreich dagegen das Referendum ergriffen. Am 26. September wird darüber an der Urne abgestimmt.

Der Entscheid für das Referendum war nicht leicht, denn der dringliche Bundesbeschluss ist nicht so schlecht, wie der ursprünglich vom Bundesrat vorgelegte Entwurf. Dennoch beinhaltet diese Revision einen gefährlichen Sozialabbau, der bekämpft werden muss.

Positiv an der Revision ist die Verlängerung der Bezugsdauer von 300 auf 400 Tage, die allerdings nur einem Teil der Erwerbslosen zu Gute kommt. Dies entspricht einem dringenden Bedürfnis, denn die Zahl der Langzeitarbeitslosen wächst. Bei einer Ablehnung des Bundesbeschlusses müsste diese Verbesserung unbedingt erhalten und auf 500 Tage ausgebaut werden, ansonsten viele Arbeitslose der gemeindlichen Fürsorge zur Last fallen würden.

Senkung der Taggelder

Negativ an der Revision ist die Senkung der Taggelder von 80 auf 70 % für Arbeitslose ohne Unterstützungspflicht. Unakzeptabel ist zudem die Ausdehnung der zumutbaren Arbeit, die einem staatlich sanktionierten Lohndruck Tür und Tor öffnet.

Nach dem neuen Gesetz können Arbeitslose gezwungen werden, eine Arbeit anzunehmen, deren Bezahl-

ung unter dem Taggeld liegt. Die Arbeitslosenversicherung bezahlt vorübergehend die Differenz.

An sich gibt es nichts einzuwenden, wenn die Arbeitslosenversicherung auf jeden Fall den Lohn garantiert. Dies verbirgt aber eine gefährliche Logik: Nehmen Arbeitslose eine solche Stelle an, dann ist nur noch der reduzierte Lohn versichert. Wenn sie wieder arbeitslos, dann bekommen sie 80 oder 70 % des bereits reduzierten Lohnes.

Dieses Lohndumping trifft aber nicht nur die Arbeitslosen selbst, sondern alle Lohnabhängigen. Heute kann niemand sicher sein, nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Aus Angst nehmen viele bereits heute Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in Kauf. Viele Arbeitgeber nützen diese Situation aus, indem sie Arbeitslose zu niedrigeren Löhnen einstellen.

Keine Begünstigung der Unternehmer

Die Arbeitgeber haben denn auch klipp und klar gesagt, dass bei einer Revision der Arbeitslosenversicherung der Begriff der «zumutbaren Arbeit» noch schärfer definiert werden muss. Die Arbeitslosenversicherung soll wie jede andere Versicherung den zugefügten Schaden in Grenzen halten. Die Arbeitslosen sind ohne Stelle, weil sie von den Arbeitgebern entlassen worden sind. Also soll die Versicherung die Lohnabhängigen schützen und nicht die Unternehmer begünstigen. Die durch den dringlichen Bundesbeschluss eingeführten Neuerungen gehen teilweise bereits in diese unakzeptable Richtung.

Wichtig ist aber diese Abstimmung für die Auseinandersetzung um die Totalrevision der Arbeitslosenversicherung. Wenn es den fortschrittlichen Kräften nicht gelingt, eine Abwehrfront zu bilden, dann droht dies der erste Bereich zu sein,

in dem die Unternehmer ihre deregulierung durchsetzen werden. Was dann folgen wird, können wir uns alle leicht vorstellen. □

* Bruno Bollinger ist Präsident des Zuger Gewerkschaftsbundes GBZ

Kleine Verbesserungen, gefährlicher Sozialabbau

zeitarbeitslose, die vor der Aussteuerung bewahrt werden sollten. Da wurden die Jungen gegen die Älteren ausgespielt. Da sorgte man sich um die Arbeitslosenkasse. Da wollte man die Arbeitslosen möglichst rasch auf die gemeindliche Fürsorge abschieben. Da wurde von sogenannten unechten Arbeitslosen (die unechten Flüchtlinge lassen grüssen) gesprochen. Kurz und gut: Die Arbeitslosen missbrauchen die Versicherung, die sie selber mitfinanziert haben, sie müssten nicht stem-peln, falls sie wirklich arbeiten wollten, schliesslich müssten sie nur den Gürtel enger schnallen und ihre Ansprüche senken, was auch der Umwelt zugute käme, und überhaupt gehen zuviele Leute studieren. Von der Verteilung der Arbeit auf mehr Hände, von einer Arbeitszeitverkürzung, von einer selbstverständlichen, verbindlichen Beteiligung der Männer an der Haus- und Familienarbeit wollte von diesen Herren kei-ner etwas wissen. Ich wurde dermas- sen wütend und anschliessend be- troffen und nachdenklich, dass ich unbedingt einen Gegenbericht ver- fassen musste.

Doch mit Sicherheit gehen die Auseinandersetzungen und Polemi- ken weiter. Um so wichtiger ist es, dass es Arbeitslose gibt, die sich nicht verstecken, sondern zu Wort melden. Der ZAL/T soll eine Begeg- nungsmöglichkeit für sie sein. Unter dem Leitsatz «Arbeitslose helfen Ar- beitslosen - mach mit, mach den er- sten Schritt» wollen wir gegen die Resignation ankämpfen. □

Eine Arbeitslosenversicherung soll die Lohnabhängigen schützen und nicht die Unternehmer begünstigen. Ist dies bei Inkrafttreten des dringlichen Bundesbeschlusses noch gewährleistet?

Bruno Bollinger*

Seit Jahresanfang, als die Statistik bereits über 100'000 registrierte Ar- beitslose aufwies, ist das Problem der Arbeitslosigkeit auch auf der po- litischen Ebene ein Thema. Im Vor- dergrund standen jedoch weder Hilfsaktionen für Arbeitslose, noch Programme zur Ankerbelung der Wirtschaft, sondern die Anpassung der Arbeitslosenversicherung an die veränderte Situation. Arbeitgeber- präsident Allensbach verpasste kei- ne Gelegenheit, um zu betonen, dass die Arbeitslosenversicherung eine «Schönwetterversicherung» sei, die

an die neue Situation angepasst wer- den musste. Dies nach dem Motto, dass eine Versicherung, wenn sie ge- braucht wird, verschlechtert werden muss.

Demonstration gegen dringlichen Bundesbeschluss

Das BIGA und der Bundestat er- arbeiteten zusammen anfangs Jahr einen dringlichen Bundesbeschluss. Die Arbeitslosenkomitees - unter- stützt von den linken Parteien und der Gewerkschaft Bau und Industrie - organisierten daraufhin am 20. Fe- bruar auf dem Berner Bundesplatz eine grosse Demonstration.



«Ca suffit!»

■ Bild: «Kalter Kaffee»